

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Schkopau, den 24.11.2025

Sitzung am: 18.11.2025
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort, Raum: 06258 Schkopau, Schulstraße 18, Bürgerhaus, Ratssaal
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der anwesenden Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4. Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung
- TOP 5. Einwohnerfragestunde
- TOP 6. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)
- TOP 7. Stand der Haushaltsrealisierung 2025
- TOP 8. Stand der Haushaltsermächtigungen aus dem Jahr 2024
- TOP 9. Information zum Stand der Jahresabschlüsse
- TOP 10. Information zur Haushaltsplanung 2026
- TOP 11. Anfragen und Anregungen
- TOP 12. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung
- TOP 17. Schließung der Sitzung

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Um 18:30 Uhr eröffnet Herr Wanzek die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass zwecks Erstellung des Protokolls die Sitzung per Diktiergerät aufgenommen wird.

TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der anwesenden Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die Einberufung wird festgestellt.

Herr Gasch berichtet, dass seine postalische Einladung nicht fristgerecht zugestellt wurde. Trotzdem möchte er an der Durchführung der Sitzung festhalten. Er rät dringend dazu, Einladungen per E-Mail zu versenden.

Herr Wanzek wiederholt die Aussage des BM im Gemeinderat, dass dazu eine Änderung der Geschäftsordnung erfolgen müsste. Er hofft, dass dies zügig in der nächsten Gemeinderatssitzung erledigt wird.

Es sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Herr Kozak nimmt in Vertretung von Frau Pippel teil. Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es wird einstimmig entschieden nach vorliegender Tagesordnung zu verfahren.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

TOP 4. Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung

Nach vorliegender Tagesordnung wird verfahren.

TOP 5. Einwohnerfragestunde

Die um 18:33 Uhr eröffnete Einwohnerfragestunde entfällt. Anwesende haben keine Fragen.

TOP 6. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)

Herr Wanzek informiert, dass in der letzten Sitzung ab TOP 10 das Diktiergerät keine Aufnahmen mehr zu verzeichnen hatte (SD-Karte voll). Den Rest der Sitzung hat er für das Protokoll seinen Aufzeichnungen und Erinnerungen entnommen. Für Ergänzungen steht er gern zur Verfügung.

Es findet eine Protokollkontrolle statt:

S. 2, TOP 6 – Fördermittel für Löschwasserzisternen

Herr Kuphal: Es wurde kein Fördermittelantrag gestellt. Nach seinem Kenntnisstand ist die Antragsfrist für die Förderperiode 2028 bereits abgelaufen. Er bekundet, es für die nächste Förderrunde 2029 auf die Agenda zu nehmen.

Herr Steinhoff fragt, ob die Faltbehälter der MIDEWA eine Option sind.

Herr Kuphal verneint, da das MI darauf hingewiesen hat, dass Gemeinden diese nicht nutzen können/dürfen/sollen. Nach Angaben des MI wäre die Frostbeständigkeit nicht gegeben.

Herr Ringling entgegnet, dass im Landkreis einige Kommunen diese Behälter nutzen. Mit der zuständigen Dezernentin ist er im Gespräch. Es gibt noch keine geschlossene Lesart im Landkreis.

S. 3, TOP 8 – Stand der Haushaltsrealisierung 2025, detaillierte Auflistung der Angaben aus der Präsentation

Frau Bartsch wird diese nachreichen.

S. 3, TOP 8 – Stand der Haushaltsrealisierung 2025, Nachfrage von Herrn Borries nach dem geringen Erfüllungsstand und welche Gelder sind noch zu erwarten bei privatrechtlichen Leistungen

Frau Bartsch kann diese Frage nicht so einfach beantworten, da dies mehrere Haushaltsstellen und Sachverhalte der Fachämter betrifft. Herr Wanzek wird den Fragesteller bezüglich Konkretisierung kontaktieren.

Die Niederschrift wird mehrheitlich mit einer Enthaltung bestätigt.

TOP 7. Stand der Haushaltsrealisierung 2025

Frau Bartsch führt zum Stand der Haushaltsrealisierung 2025 aus. Eckpunkte sind u.a.:

Steuern und ähnliche Abgaben sind geplant mit rund 26 Mio. €, derzeitiger Erfüllungsstand 63,87 %, davon

1. Grundsteuer A Einnahmen: Plan 85.000 €, Eingang 55.300 €
2. Grundsteuer B Einnahmen: Plan 1,6 Mio. €, Eingang 1,2 Mio. €
3. Gewerbesteuer Einnahmen: Plan 17 Mio. €, Eingang 11,8 Mio. €
4. Gemeindeanteil an der ESt. Einnahmen: 5,7 Mio. € geplant, 2,8 Mio. € Eingang
5. Gemeindeanteil an der USt. Einnahmen: 1,6 Mio. € geplant, 787.900 € Eingang
6. Hundesteuer Einnahmen: 55.600 € geplant, 53.800 € Eingang

- Nachfragen gibt es zur Höhe der Katzenkastrationen. Laut angegebener Summe müsste die unwahrscheinliche Menge von ca. 380 Katzen kastriert worden sein.

Antwort Herr Kuphal: Die Summe beinhaltet den Kastrationszuschuss von 50 € pro Tier für Antragsteller. Bei den massiven Katzenpopulationen in einigen Ortsteilen (z.B. Wassertal,

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

Lochau) kümmert sich die Gemeinde selbst. Für die Gemeinde fängt jemand unentgeltlich die Katzen ein und führt sie den Tierärzten zu. Die Gemeinde übernimmt anschließend die Tierarztkosten.

Frau Ewald weist darauf hin, dass die *Richtlinie zur Bezuschussung der Kastration bzw. Sterilisation von zugelaufenen wilden, herrenlosen Katzen und Kater* am 31.12.2025 ausläuft.

- Herr Haufe fragt, ob es eine Prognose gibt, wie wir das Jahresende erreichen.
Frau Bartsch: Eine Prognose abzugeben ist schwierig. Der derzeitige Erfüllungsstand wird noch erhöht durch den Jahresabschluss, da wir in der Position *Sonstige ordentliche Erträge* noch die Auflösung der Sonderposten haben. Wenn der Abschreibungslauf gemacht ist, erhöht sich ebenfalls die Summe. An Gewerbesteuern wird die Gemeinde in diesem Jahr nichts mehr hereinbekommen – evtl. muss sogar etwas zurückgezahlt werden. Im Bereich der Aufwendungen ist kaum etwas zu merken. Bei Transferauszahlungen werden wir auf fast 100 % kommen, die Kreisumlage usw. muss noch gezahlt werden.
- Herr Rattunde fragt, ob die Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuern noch steigen werden.
Antwort Frau Bartsch: Dazu gibt es vom Land festgelegte Termine. In diesem Bereich kann man von einer rund 100%igen Erfüllung zum Jahresende ausgehen. Es steht noch die Abschlagszahlung vom Land aus.

TOP 8. Stand der Haushaltsermächtigungen aus dem Jahr 2024

Herr Wanzek erinnert, dass in diesem Jahr 96 HH-Ermächtigungen offenstanden. 61 Maßnahmen stehen noch aus. Das ist ein Erfüllungsgrad von 36,46 %. Er stellt die Fragen in den Raum: Was schaffen wir dieses Jahr noch? Ist die Verwaltung mit dem Erfüllungsstand zufrieden? Wie geht es mit den übrigen HH-Ermächtigungen weiter?

Herr Ringling betont, dass das Ergebnis nicht befriedigend ist, man sich jedoch in der vorläufigen HH-Führung befinde und nicht alles so bestätigt werden kann, wie es gewünscht ist. Der Runderlass gibt jedoch mehr Spielraum. Als Beispiel führt er an: Wenn Spielgeräte in den Außenbereichen von Kitas kaputt sind, bestätigt er auf jeden Fall die Neubeschaffung, da seines Erachtens hier eine pädagogische Notwendigkeit vorliegt.

Diesen Ausführungen kann Herr Haufe nicht folgen. Die vorl. HH-Führung bezieht sich auf das Jahr 2025, die HH-Ermächtigungen auf den bestätigten Haushalt des Jahres 2024, teilweise auch des Jahres 2023. Beides sind 2 unterschiedliche Dinge.

Die HH-Ermächtigungen belaufen sich auf rund 12 Mio. €, der Abarbeitungsstand beträgt rund 1 Mio. €. Bei 44 vorwiegend kleineren Positionen sind bisher 0 € ausgezahlt. Man sollte darüber nachdenken, ob man noch alle Maßnahmen braucht. Auch sollte die Verwaltung personell in der Lage sein, die Maßnahmen begleitend umzusetzen. Er würde sich eine Änderung mit dem Jahreswechsel wünschen.

Frau Ewald pflichtet Herrn Haufe bei. Man sollte erst Maßnahmen abarbeiten, bevor neue begonnen werden.

Herr Steinhoff fragt zu Position 8 der Liste der HH-Ermächtigungen: Dort steht *Lieferung in der 19. KW geplant*. Wie ist der Sachstand?

Das heute abwesende Hauptamt wird gebeten, die Antwort nachzureichen.

Herr Wanzek bittet weiterhin das Hauptamt um Antworten für die Fragen/Listen-Nr. 3, 6, 7, 10, 11, 12, 17, 18 und 49. Diese wurden alle mit *Freigabe der Reste im April, Beschaffung im Juni geplant*. Umsetzung nach Anlauf Umstellung Rechnungsarchiv begründet. Sind die Reste freigegeben? Ist die im Juni geplante Beschaffung gemacht worden? Ist die Umstellung des Rechnungsarchivs erfolgt?

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

Frau Bartsch äußert zum Thema Rechnungsarchiv, dass das Dokumentensystem seitens KSL/Migrationstool mit 24.839 € beglichen ist. Näheres dazu kann die IT sagen. Die Monitore sind bis heute nicht in der Finanzbuchhaltung erschienen.

Herr Kramer fragt, von wann die Begründungen des Fachamtes in der Tabelle sind.

Antwort Frau Bartsch: Die Begründung ist unverändert aus dem Antrag des Fachamtes auf Haushaltsermächtigung übernommen worden. Die einzigen Änderungen finden sich in der Spalte *Bemerkungen*.

Herr Gasch äußert, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten soll, zu den Punkten, die unter *bisher ausgezahlt* mit 0 angegeben sind, konkret zu begründen, warum diese Positionen aufgelaufen sind, oder diese Positionen sind zu löschen.

Herr Wanzek fasst zusammen: Der Abarbeitungsstand ist unbefriedigend. Die Verwaltung wird beauftragt festzustellen, was davon noch realisiert bzw. ad acta gelegt wird. Sind Maßnahmen doch erforderlich, sollen sie neu beantragt werden. Gerade im Bereich IT liegt der Bearbeitungsstand bei fast allen Positionen bei 0. Man sollte im Hauptausschuss darüber reden, woran es liegt.

Herr Haufe gibt zu bedenken, dass allein von der Stabsstelle 27 Positionen aufgeführt sind. Die Stabsstelle wurde jedoch zwischenzeitlich aufgelöst.

Herr Gasch fragt hinsichtlich IT, ob die Gemeinde über ein Dokumentenmanagementsystem verfügt und wenn ja, welches. Herr Wanzek ergänzt, dass es hinsichtlich Digitalisierung oder KI ein Konzept der IT geben müsste, wohin die Gemeinde steuert.

TOP 9. Information zum Stand der Jahresabschlüsse

Frau Bartsch führt aus:

Die Gemeinde unterlag in der Zeit von Anfang August bis Mitte Oktober der unangemeldeten Prüfung des RPA zu den Jahresabschlüssen 2013-2021. Der Zeitpunkt war sehr ungünstig, da die Kassenleiterin und sie selbst krankheitsbedingt nicht anwesend waren.

Frau Reinsch hat in dieser Zeit mit den Leitern der Fachämter nach bestem Wissen die Fragen des RPA beantwortet, jedoch ist den Prüfern aufgefallen, dass dies nicht in der gewohnten Qualität erfolgte.

Das RPA hat darauf hin einen Prüfbericht-Entwurf erarbeitet, der am 04.11.2025 hier im Haus mit dem BM, der Kassenleiterin, ihrer Person sowie den Vertretern des RPA besprochen wurde. Der Prüfbericht beinhaltet Beanstandungen, Hinweise und Feststellungen, welche von der Kämmerei bereits in der HH-Planung 2026 sowie in den Buchungen der Jahresrechnung 2023 beachtet werden. Die Jahresrechnung 2022 ist kassenseitig und in der Anlagenbuchhaltung erledigt. Diesbezüglich kam das RPA der Gemeinde entgegen.

Das positive Ergebnis der Prüfung: Die Gemeinde hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für die Jahresrechnungen 2013-2021 erhalten.

Die Kämmerei wird zu diesem Prüfbericht eine Stellungnahme verfassen. Der Finanzausschuss muss für diese neun Jahresabschlüsse 2013-2021 jeweils eine Beschlussempfehlung für den Gemeinderat aussprechen – für jeden Jahresabschluss einzeln, das heißt: 9 TOPs mit Anhang (Rechenschaftsbericht und Prüfbericht). Im Finanzausschuss soll dies in der Februar- bzw. März Sitzung des Finanzausschusses erfolgen, danach im Gemeinderat. Beschluss und Stellungnahme aus der Gemeinderatssitzung werden im Anschluss dem RPA und der Kommunalaufsicht vorgelegt.

Innerhalb der Kämmerei wurden Aufgaben umverlagert, sodass die Kassenleiterin mehr Kapazität hat und sich den offenen Jahresrechnungen widmen kann.

Die Kämmerei hat sich pro Jahresabschluss eine sportliche Bearbeitungszeit von 4 Monaten gegeben. Das bedeutet:

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

Fertigstellung der Jahresrechnung 2023 im Juni 2026
Fertigstellung der Jahresrechnung 2024 im Oktober 2026
Fertigstellung der Jahresrechnung 2025 im März 2027.

Herr Kramer fragt nach einem Plan, sollten unvorhergesehene Dinge in den Ämtern dazwischenkommen (Kündigungen, Dauerkrankheiten o. ä). Frau Bartsch äußert, dass die Personalien in den einzelnen Fachämtern die Kämmerei nicht tangieren. Einen Plan B gibt es nicht.

Herr Haufe äußert, dass der HH-Plan 2026 nicht vor Oktober beschlussreif sein wird. Der Haushalt 2027 könnte mit Glück und Geschick im März 2027 wirksam werden. Wenn die Gemeinde neue Investitionen beginnen will, soll es lt. seinen Informationen möglich sein, Einzelgenehmigungen dafür einzuholen, wenn es keinen bestätigten Haushalt gibt.

Diese Aussage wird von den anwesenden Vertretern der Verwaltung nicht dementiert.

Herr Rattunde fragt, ob die Sonderzuweisungen aus dem Sondervermögen für die Gemeinde in der vorläufigen Haushaltsführung 2026 nutzvoll sind.

Frau Bartsch äußert, dass dieses sich nur finanziell bemerkbar macht, nicht im Handeln, da ein rechtskräftiger Jahresabschluss fehlt.

Herr Ringling äußert, dass am kommenden Montag bei der LSBB Süd eine Informationsveranstaltung für die Kommunen gibt, wie mit diesem Sondervermögen umzugehen ist. Herr Weiß nimmt an dieser Veranstaltung teil.

Frau Ewald fragt, ob es für 2026 tatsächlich Sinn macht, einen Haushaltsplan aufzustellen, wenn wir am Ende keinen genehmigten Haushaltsplan zu erwarten haben. Gibt es Alternativen oder eine abgespeckte Version?

Herr Haufe äußert, dass es keinen „*HH light*“ gibt. Er wiederholt deshalb seine Bitte aus dem Vorjahr, die Haushaltsberatungen zu straffen und nur eine Lesung pro Ausschusssitzung durchzuführen.

Herr Wanzek gibt bekannt, die erste Sitzung in 2026 mit den oben genannten 9 TOPs auszurichten. Er bittet darum, die umfangreichen Unterlagen dazu rechtzeitig zum Lesen ins Ratsportal einzustellen, nicht erst mit dem Versand der Unterlagen. Da gleichzeitig eine Entlastung des ehemaligen Bürgermeisters stattfinden soll, ist vorher zu prüfen, inwieweit Herr Haufe für den Zeitraum seiner Amtszeit als Bürgermeister abstimmungsberechtigt ist.

TOP 10. Information zur Haushaltsplanung 2026

Frau Bartsch führt aus:

Für die Haushaltsjahre 2026-2027 wird von einem Doppelhaushalt abgesehen. Das RPA hat bestätigt, dass für die Rechtskraft der Haushalte entsprechende Jahresabschlüsse vorgelegt werden müssen. Für die Rechtskraft des HH-Jahres 2026 muss der Jahresabschluss 2024 und für die Rechtskraft des HH-Jahres 2027 muss der Jahresabschluss 2025 vorgelegt werden. Das bringt keine zeitliche Einsparung. Nach jetzigen Planungen würde sich die Gemeinde bis Oktober 2026 in der vorläufigen Haushaltsführung befinden und sich des Erlasses bedienen. Dieser gilt bis zum Haushaltsjahr 2028.

Am 17.11.2025 fand die 1. Runde zum Investitionsplan 2026-2029 mit den Amtsleitern und dem Bürgermeister statt. Diesbezüglich muss es wenigstens eine 2. Runde geben, da Investitionen erst dann in den Entwurf eingestellt werden, wenn abschließend darüber beraten wurde, da darauf aufbauend Abschreibungen und die Auflösung von Sonderposten geplant werden müssen.

Aus den Fachämtern erfolgt eine Überarbeitung im Ergebnis-Haushalt. Die Zuarbeiten sind noch nicht abschließend. Frau Bartsch rechnet damit, dass dem Gemeinderat erst Mitte des Jahres 2026 der Beschlussentwurf des HH-Planes vorgelegt werden kann.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

In Bezug auf die Hebesätze berichtet Frau Bartsch, dass diese für die Haushaltsplanung 2026 bleiben wie bisher. Grundsteuer A und B gleichen sich in etwa aus, jedoch ist die Gewerbesteuer stark rückläufig. Sie plädiert dafür, die Hebesätze im Jahr 2027 ff. komplett anzufassen. Aufgrund der Investitionen (der Plan 2027 sieht derzeit 24 Mio. € vor) wird durch Abschreibungen der Haushaltsplan für die künftigen Jahre enorm belastet (z.B. 80 Jahre für ein Gebäude, 35 Jahre für eine Straße). Aufgrund dessen ist es auch erforderlich, Fördermittel zu generieren, die dann den Erträgen zugutekommen. Damit der Haushaltsplan ab 2027/28 ausgeglichen werden kann, müssen mehr Einnahmen generiert werden.

Herr Pomian ist der Meinung, die Anhebung der Hebesätze als letztes Mittel zu sehen. Es sollten lieber andere Wege beschritten werden, um dieses Problem nicht anfassen zu müssen.

Herr Haufe fragt, nach welchen Vorgaben wir ab Januar bis Juni 2026 arbeiten. Jetzt haben wir einen vorläufigen Haushalt, ab Januar haben wir nichts vorliegen. Welche Orientierung haben wir?

Antwort Frau Bartsch: Wir müssen noch straffer nach einer vorläufigen Haushaltsführung arbeiten.

Herr Rattunde äußert, dass inhaltliche Fragen aus dem Gesamtprocedere herausgepickt werden und geklärt werden müssen. Weiterhin erinnert er an Rücklagen in erheblicher Größe, sodass man gefühlt ein halbes Jahr auch ohne HH auskommen kann. Für ihn ist wichtig, dass es in der Gemeinde weiter vorangeht, ohne dass sie sich inhaltlich beschränkt.

Frau Bartsch entgegnet, dass die Rücklage nur dem Ausgleich dient, sie ist nur eine Zahl auf dem Papier. Für die Liquidität ist die Rücklage nicht entscheidend. Durch sie ist nur der Haushaltsplan ausgeglichen.

Frau Ewald wünscht sich in einer vorläufigen Haushaltsführung eine klare Ansage des Bürgermeisters, was ausgegeben werden kann, um gegebenenfalls die Vereine finanziell zu unterstützen.

Herr Ringling äußert, dass es sein fester Wille ist, an den OBM-Mitteln sowie den Mitteln für Vereine festzuhalten. Diese will er den Ortsteilen Anfang des Jahres zur Verfügung stellen. Die Interpretation des Runderlasses lässt dies zu, sofern ein Plan zur Erarbeitung der Jahresabschlüsse vorgelegt wird.

Herr Gasch spricht den Entwurf des Sitzungskalenders für den Gemeinderat und die Ausschüsse an, welchen er vorab erhalten hat. Dieser muss noch einmal aufbauend auf heutiger Diskussion überarbeitet werden.

Herr Haufe schlägt vor, die Zeit im 1. Halbjahr zu nutzen, grundsätzlich in den Gremien über die Investitionsplanung zu diskutieren. So hätte man diese Diskussion schon abgeschlossen, wenn der Haushaltsplanentwurf vorliegt. Das würde uns zeitlich einen kleinen Vorteil verschaffen, setzt jedoch voraus, dass es einen von der Verwaltung abgestimmten Investitionsplan gibt. Weiterhin sollten wir über die „imaginären“ Rücklagen sprechen. Es sollte überlegt werden, wie diese sinnvoll in die Haushaltsplanung einbezogen werden können.

Herr Gasch fragt, ob wir den Haushaltsplan 2026 auf 2024 aufbauen und den 2025 „vergessen“, da er nie in Kraft getreten ist.

Herr Haufe widerspricht. Der Haushaltsplan 2025 wurde beschlossen. Es fehlt lediglich die Rechtskraft. Der HH-Plan 2025 sollte als Grundlage dienen. Die Gemeinde hat nach ihm gearbeitet und Rechenschaft darüber abgelegt.

Herr Wanzek fragt bezogen auf den Zeitplan, der im April 2025 ausgegeben wurde, warum in der Verwaltung jetzt erst die erste Investitionsplanung erfolgte. Die Anmeldungen sind doch alle schon längst eingegangen in der Verwaltung.

Herr Ringling leugnet nicht, dass die Investitions-Anmeldungen schon lange vorliegen. Es gab jedoch organisatorische Gründe, sodass über mehrere Wochen keine Amtsleiterrunde stattfand. Dass die Haushaltsplanung 2026 so verzögert präsentiert wird, hat damit zu tun, dass die Jahresabschlüsse oberste Priorität hatten.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 18.11.2025

Herr Wanzek zeigt sich über die Ausführungen des Bürgermeister verwundert und erinnert daran, dass der Runderlass zur vereinfachten HH-Führung erst gilt, wenn ein Haushalt beschlossen ist. Wir haben ab 1. Januar eine vorläufige HH-Führung nach § 104 KVG LSA. Das erlaubt nur Leistungen, zu denen wir rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Die Vergabe von OBM-Mitteln bzw. Ausreichung von Mitteln an Vereine kann erst erfolgen, wenn der Haushalt tatsächlich beschlossen ist. So wurde es die letzten Jahre gehandhabt. Deshalb die Frage, wie der Zeitplan gestrafft werden kann. Offen ist noch von einigen Fraktionen die Rückmeldung, ob sie dem Verfahren von nur einer Lesung in den Ausschüssen zustimmen unter der Voraussetzung, dass wir rechtzeitig den HH-Entwurf erhalten und alle vorher eingereichten Fragen ordentlich beantwortet wurden.

Herr Wanzek fragt die noch fehlenden Fraktionen ab:

- CDU/KFFS – Herr Haufe: ja
- AfD – Frau Starke-Schneller: ja
- Pro Döllnitz/Würden – Herr Rudolph: ja

Herr Wanzek würde sich wünschen, einen Zeitplan mit Beratungsterminen zu erhalten, der mit dem Sitzungsplan des Gemeinderatsvorsitzenden abgestimmt wurde. An die Verwaltung ergeht der Arbeitsauftrag, im Investitionsprogramm zu schauen, was bis Jahresende noch abgebaut werden kann und was mit den anderen Haushaltsermächtigungen geschehen soll.

TOP 11. Anfragen und Anregungen

Zu diesem TOP besteht kein Redebedarf.

TOP 12. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil ist um 20:11 Uhr beendet. Die Sitzung wird mit dem nicht öffentlichen Teil fortgesetzt.

TOP 17. Schließung der Sitzung

Herr Wanzek beendet die Sitzung um 20:20 Uhr.



Patrick Wanzek
Vorsitzender



Martina Thomas
Protokollantin